

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.50 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.00 Mark
auswärts. Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverzeichnisse unter
Bezugs-Zustellungsgebühren. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Tagesblätter 36 mm breite
Kolonnensätze oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10⁰⁰ Zuschlag berechnet
und in anderen Anzeigenblättern u.
allen Anzeigenblättern angenom-
men. Kleinanzeigen 76 mm breite Zeile
1 Mr. u. 10⁰⁰ Zuschlag. Anzeigen-
annahme bis 10 Uhr. 11 Uhr,
für die Sonntags-Dr. abds. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit möglich,
müssen schriftlich erfolgen. Ersch-
lungsort: Halle a. S. Erbsheim 1041,
2. mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.,
u. Haupt-Vertriebsstellen: Halle, G.
Drauhause, 17. Lieben-Schöcher-
str. 1; Markt 24 u. Dr. Weidner, 26.

Nr. 120.

Halle, Dienstag, den 12. März

1918.

Dritter Vergeltungsangriff auf Paris.

Starke japanische Streitkräfte gehen nunmehr sicher nach Sibirien. — Chinesische Unterstützung durch eine Division. Feuerkämpfe und kleinere Unternehmungen im Westen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 12. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie entwickelte am frühen Morgen an vielen Stellen der Front, namentlich zwischen der Eys und Scarpe, rege Tätigkeit. Auch in den Abendstunden lebte der Feuerkampf vielfach auf. Im Vorfeld der beiderseitigen Stellungen kam es zu kleineren Infanteriegefechten.

Das Feuer englischer Artillerie auf rückwärtige Ortschaften forderte zahlreiche Opfer unter der französischen Bevölkerung. Auch Cambrai erhielt mehrere Schußschweren Artillerie.

Zur Vergeltung für feindliche Fliegerangriffe am 9. und 10. März auf Stuttgart, Eplingen, Unter-Türkheim und Mainz haben unsere Flieger in letzter Nacht Paris ausgiebig und erfolgreich mit Bomben belegt.

Leutnant Freyherz v. Nischhofen erlangt seinen 27. Lufttag.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Artilleriekampf an der lothringischen Front.

Basel, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Schweizer Militärberichterstatter melden, daß seit einigen Tagen in der Lothringer Gegend das Artilleriefeuer immer mehr anwächst. Man nimmt allgemein an, daß an dieser Stelle die Entente offensive ihren Anfang genommen hat.

22 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 11. März. (Mittl.) Einem unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant v. Glanemann, hat an der Westküste Englands fünf Dampfer und einen Segler mit zusammen 22 700 Br.-u. M. Schiffsraum versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei besonders wertvolle Dampfer von je etwa 6000 Br.-u. M. Drei von den fünf Dampfern waren Landdampfer. Alle Dampfer waren bewaffnet und mit einer Ausnahme, vierfeldigen.

Namentlich konnten fünfgefeldig werden. Der benannteste englische Dampfer „Wardle“ (8847 Br.-u. M.) der nach der Torpedierung mit Artillerie in Brand geschossen und dessen Kapitän gefangen eingebracht wurde, und der englische Dampfer „Hallenbury“ (2888 Br.-u. M.).

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Russische Demütigungen von Japan.

Amsterdam, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Wahrscheinlich um mit Japan nähere Freundschaft zu finden, hat der Rat der Volkskommissare nunmehr die Anerkennung des Eintrittes der jetzigen russischen Regierung in den russisch-japanischen Vertrag aus dem Jahre 1916 unter der provisorischen Regierung bekanntgegeben.

Japanisches Auslands-Keiserverbot.

Amsterdam, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: Die japanische Regierung hat das zu Beginn des Krieges erlassene Auslandsreiseverbot für Reisepassagiere und Reisereisenden wieder aufgehoben. Man hält diese Maßnahme für eine Entspannung der Lage im Osten. Trotzdem aber hat die Regierung die für die Jahrgänge 1894 und 1895 erlassenen Einberufungsbeefehle bestehen lassen.

Japans Aktion ist sicher.

Der ehemalige Ministerpräsident Lwow als Führer. Amsterdam, 11. März. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge beruht der Washingtoner Korrespondent der „New York World“, daß es jetzt wohl sicher ist, daß starke japanische Streitkräfte nach Sibirien und der nördlichen Mandchurie geschickt werden. Westlich wird sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengesetzt ist, die den Alliierten freundlich gesinnt sind und sich nach Japan und dem nördlichen

Sibirien vor den Bolschewiki geflüchtet haben. Fürst Lwow, der jetzt in Peking ist, wird wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesische Division zu kommandieren, die sich den Japanern angeschlossen hat.

Russische Gouvernementsgebäude von Japanern besetzt.

Genf, 12. März. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen aus Schanghai ist das russische Gouvernementsgebäude in Shanghai von japanischen Truppen besetzt.

Ukrainische Versprechungen.

Was die Ukraine noch im Frühjahr liefern kann. Stockholm, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Kiew hat die ukrainische Delegation gelegentlich ihrer Verhandlungen in Berlin und Wien sich verpflichtet, noch in diesem Frühjahr den Zentralmächten 30 000 Eisenbahnwaggons (einschließlich 2000 Eisenbahnwaggons für die Ukraine) zu liefern. Sibirien erhält die Ukraine von den Zentralmächten landwirtschaftliche Maschinen und chemische Produkte.

Die deutsche Truppen auf Island.

Kopenhagen, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die deutschen auf Island gelandeten Truppen bestehen aus zwei Bataillonen, die deutsche Flotte vor den Inseln aus zwei Schlagschiffen, zwei Eisbrechern und fünf großen Transportdampfern.

Eine Drohung Kadets.

T. U. Stockholm, 12. Der rechtsstehende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Kadel hat die englische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß, falls dem Londoner Vertreter der russischen Regierung Litwinow beim Ausüben seines Amtes nicht freie Hand gelassen wird, oder falls er, wie angeordnet, wegen der in der Fiskalbank durchgeführten Enteignung als gewöhnlicher Dieb und Fälscher oder auch als Anarchist verhaftet werden sollte, seitens der russischen Regierung unverzüglich Schritte unternommen würden, um an den noch in Rußland weilenden englischen Bürgern Vergeltung zu üben. Kadel gibt ferner bekannt, daß Litwinow demnach nach Rußland zurückberufen würde, daß ihn aber, so lange er seines Amtes walte, in der Ausübung der ihm anvertrauten Pflichten keine Schwierigkeiten bereitet werden dürften.

Eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht.

Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Aus gut unterrichteter parlamentarischer Quelle wird uns bestätigt, daß das gleiche Wahlrecht für Preußen im Abgeordnetenhause mit einer kleinen Mehrheit von 20 bis 25 Stimmen angenommen werden dürfte.

Verluste der französischen Fremdenlegion.

Bern, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Madrid nach hier gemeldet wird, hat die Fremdenlegion Frankreichs ungeheure Verluste erlitten, da die Mehrzahl der Legionäre bei den letzten Kämpfen auf dem westlichen Kriegsschauplatz in den vorletzten Gräben getötet worden war. In Nordafrika sind jetzt nur noch kleinere Abteilungen Hilfstuppen der Franzosen vorhanden, die nur der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dienen.

England und die Gibraltarfrage.

Basel, 12. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die spanische Neutralitätsfrage geht bisher als abhängig von der Haltung Englands gegenüber der spanischen Forderung nach Rückgabe Gibraltars. Es ist oftmals im Laufe der Verhandlungen unterhandelt worden. Die englische Regierung hat die spanische jetzt endgültig wissen lassen, daß sie Gibraltar niemals hergeben wird.

Lloyd George soll an das Volk appellieren.

Basel, 12. März. (Privattelegramm.) „Daily Telegraph“ schreibt: Lloyd George werde gezwungen sein, an das englische Volk zu appellieren, wenn er den Krieg wegen Elend, Verdrüßung und Trieb fortsetzen will.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Waldows verfehlte Weisheit.

Der freisinnige Berg hat ein Mäusenest geboren. Daran deutet man unwillkürlich, wenn man jetzt sieht, was die Folge monatelanger Verhandlungen über die Bekämpfung des Schleichhandels ist. Als der Reichskammerpräsident seine bekannte Rede veröffentlichte, die im ganzen Reich so großes Aufsehen erregte, als sich damals herausstellte, daß liberal Lebensmittel auch in Rußen zu haben sind, wenn entsprechende hohe Preise bezahlt werden, da konnte man hoffen, daß das Reichsernährungsamt mit Maßnahmen einziehen würde, die die schlimmsten Auswüchse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beseitigen. Man durfte erwarten, daß Maßnahmen getroffen werden würden, die den Schleichern das Handwerk legen, große Mengen von Lebensmitteln für die allgemeine Versorgung frei machen und dadurch eine bessere Versorgung der Allgemeinheit erreichen. Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe! Ein anderes Unheil, ehe sie geschehen, ein anderes zeigt die vollbrachte Tat. Herr von Waldow hat nicht die Konsequenz aufgebracht, einschneidende Maßnahmen zu treffen. Er hat uns erneut schmachvoll enttäuscht. Unsere Hoffnungen müssen nach der hohen bekannt gewordenen Bundesratsverordnung, gegen den Schleichhandel, die am 15. März 1918 in Kraft treten soll, zerfallen. Die Kraft seines Entschlusses hat nicht einmal bis zu einem regelrechten Geheh gereicht, als das man nach wenigen Wochen rechnen. Ohne Mitwirkung des Reichstages begnügt sich der unumgängliche Lebensmittelminister im Reich mit dem Entschluß einer Bundesratsverordnung, die kaum etwas Neues bringt. Sie richtet sich gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel, gegen den fernhin nur auf Freiheitsstrafe erkannt werden soll. Neben der Freiheitsstrafe soll noch eine größere Geldbuße erfolgen. Sogar auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte kann erkannt werden. Bei wiederholten Rückfällen können selbst Zuchthausstrafen in Anwendung kommen. Das klingt gefährlich. Aber ist man denn damit das Uebel bei der Wurzel? Was ist zunächst gewerbsmäßig Schleichhandel? Wenn der mit der Ernährung seiner Familie beauftragte Hausvater auf das Land geht und zu hantieren sucht, was er nur aufzutreiben kann, fällt er zweifellos nicht unter diese verschärfte Strafbestimmung. Ebenso werden die Frauen, die auf dem Lande sich mühen um ein paar Eier gegen hohen Preis erbeten haben, nicht unter diese Strafbestimmung fallen. Umgekehrt aber: Wenn die großen industriellen Werke eigene Einkäufer anstellen und Lebensmittel woggenweise aufkaufen, um diese an ihre Angestellten verabfolgen zu können, ist dies dann nicht auch Schleichhandel? Gemeinden und einzelne industrielle Werke beziehen ihre Vorräte erst durch den gewerbsmäßigen Schleichhandel. Man kann im Zweifel darüber sein, ob die Behörden des Herrn von Waldow den Mut haben werden, hier gegen alle diejenigen einzuschreiten, die sich eines Verstoßes gegen die neue Bundesratsverordnung schuldig machten. Schon vor einigen Wochen jagte der preussische Justizminister Dr. Spahn, daß bereits mehr als eine halbe Million Menschen wegen Uebertretungen der Kriegserordnungen bestraft worden ist. Wenn nun Herr von Waldow alle Sünden auf Grund der neuen Bestimmung aburteilen will, denn nicht zu befürchten, daß die Gefängnisse und Zuchthäuser nicht ausreichen werden, um alle die Sünden aufzunehmen. Wenn aber das Reichsernährungsamt von vornherein gezielte Maßnahmen im Auge hat, die nicht unter die Strafbestimmungen der neuen Bundesratsverordnung fallen, dann ist auch das hier geschaffene Schmetz nichts weiter als ein solches von Pappe, das unbedingt unwirksam bleiben muß.

Herr von Waldow verfährt die Verbraucher dadurch fast zu bestimmen, daß er einen Teil von ihnen weiter einschränkt. Er wendet sich nicht an den Erzeuger, sondern immer noch, allen praktischen Lehren zum Trotz, an die Verbraucher. Obwohl er auf diesem Gebiete nichts als Mißerfolge geerntet hat, setzt er seine Politik der Produzentenbegünstigung fort. Immer wieder ist gesagt worden, daß die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes erst dann besser werden würde, wenn die Erzeugung der Vorräte nach ihrer Erzeugung eine bessere wird. Hier muß eine jede Abhilfe einsehen. Ein umgekehrtes Verfahren kann man nur ein Zugämen des Pferdes am Schwanz nennen. Auch nach den bisherigen Bestimmungen bleiben dem Produzenten nicht unbedeutliche Mengen übrig, die er im privaten Schleichhandel weitergeben kann. Große Lebensmittelmassen werden nach wie vor von der einen in die andere Hand wan-

bern, ohne daß auch nur im geringsten ein gewerks- mäßiger Schleichhandel in Kraft zu treten braucht. Go verläßt diese Bundesratsverordnung den alten Grund, daß das Reichsernährungsamt unter der Leitung des Herrn von Waldow immer mehr eine Ministerie geworden ist, die nicht für, sondern gegen die Verbraucher regiert. Gerade dieses Ergebnis längerer Verhandlungen seit dem Bestanden der Neuländer Denkschrift zeigt uns, daß auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ein Mann steht, der eigene Wege zu gehen weiß. Das Entschieden hat sich gegenwärtig abzeichnet, so daß jetzt endlich einmal ein Wechsel erfolgen sollte, der Beförderung verspricht. Die Hoffnung auf die Zukunft aus der Ukraine, die für uns jetzt ein gewisser Trost ist, darfst du nicht für eine Verlängerung des Regimes des Herrn von Waldow werden. C. H.

Der Inhalt der neuen Bundesrats-Verordnung.

Der Bundesrat hat nunmehr die seit längerer Zeit angeforderte Verordnung gegen den Schleichhandel erlassen. Am 15. März 1918 in Kraft tritt. Sie richtet sich gegen den Schleichhandel in der Form des gewerksmäßigen zur Weiterveräußerung erfolgenden Aufkaufs öffentlich bewirtschafteter Lebens- oder Futtermittel, der Erzeuger zu verbotsmäßiger Abgabe von Waren in größtem Umfange verleiht oder ihre Bereitwilligkeit herauszusuchen, um demnach diese Waren mit erheblichem Gewinn abzugeben, und infolgedessen zu einer ernsten Gefahr für die Aufrechterhaltung des staatlichen Ernährungssystems geworden ist. Da von Geldstrafe allein gegen gewerksmäßige Schleichhändler in Anbetracht der außerordentlich hohen Gewinne, die im Schleichhandel erzielt zu werden pflegen, eine nennenswerte Wirkung nicht zu erwarten ist, der gewerksmäßige Schleichhandel auch schon durch die Art der Strafandrohung dem Vollkommenen entsprechend als besonders verwerflich gekennzeichnet werden muß, nicht die Behauptung vor, daß gegen den gewerksmäßigen Schleichhandel stets auf Freiheitsstrafe zu erkennen ist. Daneben wird in jedem Falle auf Geldstrafe erkannt werden, die bis zur Höhe von fünf hunderttausend Mark bemessen werden kann. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Zurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekanntzugeben ist. Die gleiche Strafandrohung ist gegen den vorzugehen, der sich gewerksmäßig zu einem verbotenen Erwerb von Lebens- und Futtermitteln erzieht, oder gewerksmäßig Schleichhandelsstätte vermittelt. Für den wiederholten Rückfall, dessen Voraussetzungen im wesentlichen in Anlehnung an die Vorschriften des Strafgesetzbuches über Rückfallbestrafung geregelt sind, droht die Verordnung Zustuhstrafe, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter sechs Monaten an. Neben Zustuhstrafe ist in diesem Falle die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zwingend vorgeschrieben.

Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten.

Der Reichstags Friedensvertrag am Reichstage. Der Reichstag nimmt heute nachmittags 2 Uhr nach kurzer Unterbrechung seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht an erster Stelle die Reichstagswahlreform, dann die Wehrverordnungen, die Kriegsabgabe der Reichsbank und die Mittelstandsinterpellation des Zentrums. Die Beratung von Reichs-Vitum ist werden voraussichtlich erst Ende der Woche im Reichstagsplenarium behandelt werden. In parlamentarischen Kreisen verläuft, daß die Mehrheitsparteien des Reichstags beabsichtigen, vor der Passivierung des Friedensvertrags es mit Anstand nicht möglich über die parlamentarischen Verhältnisse der von Russland losgelassenen Randgebiete zu schaffen. Gestern nachmittags hielt die nationalliberale Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, um die Beratung über ihre weitere Stellung zu den Mehrheitsparteien, die in der vorliegenden Woche abgebrochen wurde, fortzusetzen.

Die Stimme des kurländischen Volkes.

Personalunion mit Preußen.

Der bis auf ein entscheidendes Votum am 8. März vollständig in Kurland vermittelte kurländische Landestat hat, wie der „Berl. Z. A.“ mitteilt, einstimmig beschlossen:

1. S. M. den Kaiser und König zu bitten, die Personalunion Kurlands anzunehmen.
2. Dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, den Wunsch von Konventionen, betreffend das Militär, Zoll, Verkehr, Bahn, Münz- und Gewichtsweisen und anderer Verträge Kurlands möglichst an das Deutsche Reich anzuschließen.
3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltikum zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengelegt werde.

Der Antrag um Abwendung eines huldigungsgelbes an S. M. den Kaiser fand ebenfalls einstimmige Annahme; desgleichen der Antrag, eine diesbezügliche Abordnung nach Berlin zu senden, um dem Herrn Reichskanzler den Beschluß persönlich zu überreichen.

Hierauf schreibt das oben zitierte Blatt: Wir haben vor einigen Tagen aus Gründen der Objektivität die Zustimmung eines kurländischen Herrn wiedergegeben, der sich mit den politischen Strömungen im Baltikum beschäftigte und dabei die Ansichten einer kleinen Minorität vertrat. Nunmehr liegt neben der Erklärung des Landtages auch diejenige des Landestates für eine Personalunion mit Preußen vor, es ist also keinerlei Zweifel mehr, was Kurland selbst wünscht. Da die Wünsche den deutschen Interessen nicht zuwiderlaufen, kann auch für uns keine Anfechtung darüber bestehen, was getroffen sollte. Wir freuen uns dieser Entscheidung, denn sie zeigt von dem Vertrauen, das man im Baltikum zur Macht des deutschen Volkes und zur Krone Preußens hat. Der Antrag für die Personalunion ist mit Einstimmigkeit gefaßt, es ist also kein Platz mehr für anderweitige Agitationen. Auch bei den Bundesstaaten wird diese einheitliche Kundgebung Kurlands Wirkung und Zustimmung finden. Es ist zu wünschen, daß nunmehr so rasch wie möglich das Interregnum beseitigt und die den baltischen Wünschen entsprechende endgültige Regelung des kurländischen Staatsgrundgesetzes erfolgen möge.

Die Amerikaner in Frankreich.

Eine amerikanische Hofkammertruppe.

Berlin, 12. März. In der „H. M.“ lesen wir: Die Amerikaner scheinen sich in Frankreich häuslich eingerichtet zu wollen, wenn man nach den sehr öffentlichen Verträgen urteilt, die mitunter auf 5 Jahre lauten. Die „New York Sun“ enthält dieser Tage die Zitate der in Frankreich befindlichen amerikanischen Kräfte. Es soll sich danach um etwa 200 000 Mann handeln. Die wichtigsten Mannschaften davon sind für den eigentlichen Kampf bestimmt. In der Hauptsache sind es leichte Truppen, die bereits geschickt auf ein Geschäfteunternehmen zum Abholen der französischen Wälder in Stärke von 12 000 Mann. Ein Schiffe lag vor angelegt, der mit etwa 430 Offizieren und 26 000 Mann besetzt werden soll. Noch eine Unterteilung von Truppen sind im Eisenbahn-, Betonbau und mit anderen Arbeiten hinter der Front beschäftigt.

Amerikanischer Schiffsbaufandal.

Berlin, 11. März. Präsident Wilson hat eine gerichtliche Untersuchung der bisherigen Bautätigkeit auf den größten tatsächlichen Werften auf Vog Island (Virginia) angeordnet. Der Justizminister Gregory wurde angewiesen, die Bauleiter der Werften gegebenenfalls in den Anfallzustand zu versetzen. Die ungeheuren Werften auf Vog Island wurden mit staatlichem Geld gebaut, und einer Schiffsbaugesellschaft wurde die Aufgabe übertragen, den Bau zu leiten. Die ursprünglichen Kostenvorschläge, die dem Kongress vorgelegt wurden, betrafen sich auf 21 Millionen Dollar. Bis jetzt sind aber schon beinahe 50 Millionen Dollar ausgegeben worden, ohne daß ein Ende zu sehen wäre. In der Senatskommission wurde überdies festgestellt, daß die Vog Island-Werften in ihrer Bautätigkeit bereits um volle vier Monate hinter der angelegten Zeitfrist zurück seien. Es wurde zugegeben, daß im Jahre 1918 auf diesen Werften kein einziges Schiff fertig werden dürfte, obwohl im Herbst 1918 120 Schiffe hätten fertig werden sollen. Ähnliche Kostenüberschläge fand beim Bau der Übungsanlagen erfolgt und erzeugen das größte Mißtrauen. Die 16 Lager, die für 79 Millionen Dollar hätten gekauft werden sollen, haben im Wirklichkeit nicht weniger als 143 Millionen Dollar gekostet. Außer diesen Übungsanlagen werden für 300 Mill. Dollar auch noch weitere 62 tagelange Bauten errichtet.

Amerikas Indianer.

Berlin, 11. März. Amerika mag hinter seinen Bundesgenossen, die ihre Jünglinge gegen Deutschland in den Kampf für Kultur und Freiheit führen, nicht zurückweichen. „New York Herald“ meldet, daß 5000 Indianer in die Arme eingegliedert sind. Das wirkt ein ganz eigenartiges Licht auf die vielgerühmten Bestrebungen der Amerikaner, die traurigen Reste der Ureinwohner ihres Landes vor dem Aussterben zu bewahren. Nebenbei bereichert diese Maßnahme das farbenreiche Bild unserer Zeitde um eine neue Späterung.

Finnlands Ministerpräsident in Berlin.

Berlin, 12. März. Der finnische Ministerpräsident Per Evind Svinhufvud ist nach einer abenteuerlichen Fahrt aus der Gefangenschaft der Roten Garde gestern in Berlin eingetroffen. Ihn zu Ehren veranstaltete am Abend ein engerer Kreis ein Mahl, an dem auch der neue finnische Gesandte Dr. Hjelt teilnahm. Ueber die Fahrt des Präsidenten erzählt die „B. Z.“: Svinhufvud war es mit acht anderen Herren gelungen, den Notwendigkeiten in Helsingfors zu entkommen. Die flüchtigen vertrieben sich auf einem russischen Schiffe. Als sich der Dampf auf offene See befand, verließen sie ihr Versteck, überwalligten die russische Besatzung und zwangen sie, den Kurs nach Konal einzuschlagen, wo sie glücklich enttraten. Von Koval aus kamen die Flüchtlinge nach Berlin.

Die Kämpfe in Finnland.

Stockholm, 11. März. (Svenska Telegrafbyrå.) Aus Wala meldet das finnische Hauptquartier: An der Saluntas- front nimmt die Kampfintensität ab. Unsere Truppen halten ihre Stellung. Unsere Truppen räumten Sates-Nottainen und Naatina und eroberten Korhojen. Die Artillerie brachte die feindliche zum Schweigen. An der Tammsandfront lebten sich die Kämpfe bei Wokhoje sowie im Abschnitt von Kuovesi und Maentae fort.

Inhäre gegen Unruhe vorgeschobenen Abteilungen wurden nach Soomas zurückgeschickt. Im übrigen ist die Lage unverändert. In Karon gelegentliches Artilleriefeuer. Bei Ahmola wurden am 6. März fünf einbüßte Angriffe nacheinander zurückgeschlagen. Eine Kanone wurde erobert.

Frankreichs abnehmende Bevölkerung.

Berlin, 11. März. Frankreich behält unter Ludwig XIV. mit 21 Millionen Einwohnern auch zahlenmäßig das Uebergewicht über die 14 Millionen des alten Deutschen Reiches. Noch nach dem Wiener Kongreß behauptete es mit 29 Mill. gegen 23 den Vorrang. Unter dem zweiten Kaiserreich war das Gleichgewicht auch demographisch erreicht. Seit Sedan gewann Deutschland einen Vorrang, der schließlich 67 gegen 39 Millionen Seelen betrug. Der Weltkrieg hat die Umkehrung vollbracht. Frankreich zählt nur noch 35 Millionen Seelen. Die frühere Ueberlegenheit ist endgültig verloren.

Englische Eingeständnisse.

Berlin, 11. März. Der „Daily Telegraph“ vom 1. März enthält eine Schrift, die sich mit der ersten Verringerung des englischen Schlachtmaterials innerhalb der letzten drei Monate befaßt und unter anderem folgende Sätze enthält: Wir werden bald den gefährlichen Klappen zu steuern, wenn nicht radikale Schritte mitgenommen werden. Der Feind schwächt ständig unsere Handelsflotte und damit unsere Fähigkeit, zu kämpfen und zu leben. Reines Jahr betrug der Nettoverlust unserer Handelsflotte ungefähr 600 Seetonnende Schiffe, daneben ungefähr 200 Schiffe unter 1600 Tonnen, und das Vertriebsvermögen darunter immer noch fort.

Der Kampf mit giftigen Gasen.

Französische Lügen.

Berlin, 11. März. (Mitgliedungs.) Die Antwort auf die deutsche Behauptung über die Gasgeschosse ist ein Widerspruch

verzweckter Tatsachenfeststellung. Der französische Kommandant vom 9. März behauptet, wir haben lediglich in unserer Kampfart vom 7. März nach einer Reihe von Misserfolgen offen zu, daß Deutschland habe die giftigen Gase auch geplant, nie aber wegen des Protestes der französischen Presse nicht verwendet.

Ueber der deutsche Kampfdruck noch sonst eine deutsche Kundgebung hat das gesagt. Carnaron verzehrt die deutschen Worte in das Gegenteil. Dieses Mittel ist zwar billig, aber schlecht und verärrt ein sehr böses Gewissen herauszubringen, länder es übernommen haben, die Franzosen heranzukommen, mag es an der Zeit sein, daran zu erinnern, daß dem englischen Admiral Dunsford schon 1812 gefaßt wurde und daß die Engländer von dieser Nase im Burenkrieg ausgehien Gebrauch machten. Entprechend hat Großbritannien gegen den Saager Vorschlag des Verbots von Giftgasen und Dumm-Geschossen opponiert und ihn zu Fall gebracht. Die französische Presse protestierte gegen die eigenen Gase niemals. „Aftenposten“ vom 19. Juni 1915 stellt ausdrücklich fest, daß die erlogenen Nachrichten über die Folge der irrischen Gase als Kriegsbeginn in Frankreich mit Jubel aufgenommen wurden, und fährt fort: Auf den Gebirgen, gegen solche Art der Kriegführung Einpruch zu erheben, kam damals kein Mensch in Frankreich, England oder den neutralen Ländern.“ Diese ersten Nachrichten der französischen Presse gehören in den Kreis der französischen Lüge und Lügengeschichte. Daß aber die Entente im Frühjahr 1915 noch vor den Deutschen Gasangriff machte, geht daraus hervor, daß der deutsche Seeresbericht vom 1. März ab feindliche Giftangriffe mit „Artilleriegeschossen“ und Sandgranaten melden konnte, während die französischen und englischen Seeresberichte einer deutschen Gasangriff erst am 24. April 1915 feststellten.

Gerüchte über einen Sturz Lenins?

Sieg der Sozialrevolutionäre.

T. U. Wien, 11. März. Die „Wiener Mittagszeitung“ meldet aus Rotterdam: Londoner Privatinformationen behaupten, daß die Lenin-Regierung bereits gefällig ist und in Moskau die Herrschaft der Konstantine ausgerufen sei. Auch Petersburg habe Lenin völlig fallen lassen. Eine außerordentliche Sowjet-Versammlung werde sich in Moskau zusammenfinden und zunächst Beschlüsse über die Freiheitsfrage fassen, die eine tiefe Spaltung in Russland hervorgerufen hat. Die Sozialrevolutionäre unter Tschernow seien momentan die populärste Partei. Die Entente könne hinter finanziellen Mitteln unterstützen. (Wien hat Wiener Blatt in ihrer reaktionären Notiz hinzugefügt, liegt eine Befestigung dieser Meldung an seiner Wiener Stelle vor.)

Erst Oesterreich-Ungarn . . .

Wien, 11. März. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin vom 11. März: Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwarrenden Getreibeversorgung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist nunmehr durch festgelegt, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleich viel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abschnittes Oesterreich-Ungarn doppelt so viel erhalten wie Deutschland, während danach bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also dann Deutschland die doppelte Menge erhält. Die „B. Z.“ noch hört, hat sich die Ukraine verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmächte ein Quantum von 4 000 000 Zentner Brot- und Futtergetreide, 400 000 Zentner Getreidefleisch und 200 000 Zentner Dorsch zu liefern. Als Kompensation erhält sie landwirtschaftliche Maschinen, chemische und medizinische Produkte und Eisen.

Bei all dem darf aber nicht vergessen werden, daß mit großen Verteilungsschwierigkeiten zu rechnen ist, so daß die Lieferungen erst in einigen Monaten sich bei uns geltend machen können.

Unsere militärische Lage.

Von unsemern militärischen Mitarbeitern.
An der Westfront hat die Erdungstätigkeit durch Artillerie- und Schützenposten weiterhin aufgenommen, wobei zahlreiche Gefangene und

große Beute

eingebracht wurde. Die Franzosen benutzen, wie einmündig festgestellt worden ist, die Kathedrale von Reims, um von dort aus optische Signale zu geben. Es ist dies wieder einer der Fälle, wo die Franzosen feindliche Kanoniere im Wehrbereich mit allen oesterreichischen Bestimmungen für militärische Zwecke benutzen. Wenn wir aber die Folgen daraus ziehen, entsprechende Gegenmaßnahmen treffen und durch Geschütze eine derartige Benutzung zu verhindern suchen, dann erhob sich natürlich wieder in der ganzen Presse der gesamt Welt ein Getöse über unser barbarisches Vorgehen, das nicht einmal vor den kirchlichen Bauten und Baudekmälern haltmacht. Dabei wird aber gänzlich übersehen, daß der Feind es ist, der durch sein Verhalten uns zu der Beschäftigung dieser Kanoniere gezwungen hat.

Ukraine

machen die Bewegungen der deutschen und oesterreich-ungarischen Truppen weitere planmäßige Fortschritte. Sie haben sich Detscha bereits auf 9 Meilen gedehnt. Weiter nördlich wurde Bahrustaja (200 km. südlich von Kiev) befestigt, ähnlich des Donetz, Tagotin und der sehr wichtige Eisenbahnknotenpunkt Kruch erreicht. In der Gegend von Satchat (100 km. nördlich von Kiev) lebten die deutschen Truppen in heftigem Kampf gegen einen stark überlegenen Feind, der hauptsächlich aus übergelauenen Tschuchen des oesterreich-ungarischen Heeres besteht. Er verfügt auch über schwere Artillerie und einen Panzerzug. Abgeschnittene Verbindungen, die mit der Bitte herbeizutreiben, ihnen einen freien Durchzug zu gewähren, sind natürlich abschlägig beschieden. Es ist selbstverständlich, daß gegen die

besetzten Tschuchen,

lokal sie in die Gewalt unserer Truppen kommen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen wird. Von der russischen 8. Armee sind nur noch die Städte übrig geblieben, die russischen Gendarmen sind durchwegs demoralisiert, diese